



**Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung
Department of Urban and Regional Development**



Andreas Novy, Ana C. Fernandes

**Krise als Normalzustand?
Kleine und große politökonomische Veränderungen in Brasilien**

SRE-Discussion 72

1999

Andreas Novy

Ana C. Fernandes, Universitätsprofessorin an der Universidade Federal de São Carlos, Brasilien

ENDFASSUNG

16.3.1999

In:

Feldbauer, Hardach, Melinz:

Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise. Wohin treibt die Peripherie?

Wien: Südwind

Krise als Normalzustand? –

Kleine und große politökonomische Veränderungen in Brasilien

BrasilianerInnen wissen mit Krisen umzugehen. Der fehlende Boden zum Anbauen und das leere Geldbörsel sind individuelle Krisen, die für viele einen Normalzustand darstellen und nicht weiter für Aufsehen sorgen. Aber gelegentlich kracht es in Brasilien so massiv, daß die gesamte Welt davon Kenntnis nimmt: schon in der Schule lernten wir, daß Brasilien in der Weltwirtschaftskrise Kaffee verbrennen mußte; die ökonomischen Beben, die Brasiliens Finanzkrisen, seine Zahlungsunfähigkeit und seine Börsencrashes auslösen, finden Eingang in die Boulevardpresse. Wenn wir einzig die Amtszeit von Fernando Henrique Cardoso hernehmen, der sich rühmte, Brasilien stabilisiert zu haben, so gab es im März 1995, im Oktober 1997, im August 1998 und im Jänner 1999 eine Finanzkrise. Ist es daher überhaupt sinnvoll, den Begriff von „Krise“ - eines „Höhe- und Wendepunkts einer Krankheit“ (Wiss. Rat d. Dudenredaktion 1989) - zu verwenden, wenn diese nicht die Ausnahme, sondern die Regel zu sein scheint? Bevor wir uns daher der Analyse Brasiliens zuwenden, erscheint ein kurze konzeptuelle Klärung notwendig (vgl. Faria et al. 1989). Vorweg muß festgehalten werden, daß soziale Krisen, wie Verelendung und Hungersnöte, nicht mit wirtschaftlichen Krisen verwechselt werden dürfen. Einer auf Akkumulation, d.h. der Verwertung von Werten beruhenden kapitalistischen Ökonomie sind individuelle Tragödien gleichgültig, solange Konsum und Produktion insgesamt aufeinander abgestimmt bleiben. Ökonomische Krisen sind demnach einzig Situationen, die Die geordnete und stabile Akkumulation unterbrechen. Die vorherrschende ökonomische Theorie spricht von Gleichgewicht, die Systemtheorie geht von der „adaptiven Selbststeuerung“ (Hübner 1990:34) aus und untersucht „autopoietische Systeme“ (Jessop 1990:chap. 11). Auch in der Regulationstheorie nimmt die Analyse stabiler gesellschaftlicher Ordnung einen wichtigen Platz

ein, denn sie untersucht, welche institutionellen Arrangements über eine gewisse Raum-Zeit hinweg eine stabile Akkumulation durch die Abstimmung von Konsum und Produktion erlauben. Ein derartiges stabiles institutionelles Gefüge der Staatlichkeit, des Geldregimes, der Arbeitsorganisation und der Konkurrenz wird Regulationsweise genannt. Die Regulationstheorie ist hierbei der konventionellen Ökonomie mit ihrer simplen Vorstellung, wonach am Markt Angebot und Nachfrage ein Gleichgewicht herstellen, überlegen. Sie versucht zu zeigen, daß die kapitalistische Reproduktion nicht von selbst funktioniert; warum sie über lange Zeiträume dennoch wie „von selbst“ läuft und warum nach Ablauf einer bestimmten Zeit eine große Krise zum Ausbruch kommt (Lipietz 1992:49. Görg 1994).

Die Krise ist nun nicht nur für an einem harmonischen Weltbild Orientierte, sondern durchaus auch für eine große Zahl an RegulationstheoretikerInnen der implizit als Ausnahme und Übergangsphase unterstellte Moment gesellschaftlicher Entwicklung, in welchem eine Stabilitätsphase durch eine andere ersetzt wird. Krisen manifestieren sich somit als Brüche in der Reproduktion sozialer Beziehungen (Aglietta 1987:19). Hierbei ist zwischen kleinen konjunkturellen und großen allgemeinen Krisen zu unterscheiden. Bei ersterer „werden lediglich Anpassungen *innerhalb* der jeweiligen historischen Formen der Kapitalakkumulation (Akkumulationsmodell; Regulierungstyp) vollzogen. Doch erschöpft sich die Spannkraft der ökonomischen und politischen Dynamik über Jahrzehnte der Entwicklung, so daß im Verlauf einer „allgemeinen“ Krise (allgemein unter dem Kriterium ihrer zeitlichen Dauer und im Sinne ihrer räumlichen Reichweite: alle nationalen Gesellschaften sind weltmarktvermittelt in ihren „Mahlstrom“ gezogen) die gesellschaftlichen Formen von Akkumulation, Regulation und Hegemonie verändert werden" (Altvater 1987:197). Wenn nicht bloß das eine oder andere institutionelle Arrangement in Frage gestellt, sondern alle strukturellen Formen ihre Stabilität verlieren, spricht die Regulationstheorie somit von „großen Krisen“. Diese beenden eine Stabilitätsphase und leiten vielleicht zu einer neuen Phase der Stabilität mit einer neuen Ausgestaltung der strukturellen Formen über.

Im folgenden wollen wir zwei großen Krisen in Brasiliens Entwicklung gegenüberstellen: die Weltwirtschaftskrise nach 1929 und die Globalisierungskrise nach 1980. Bei beiden handelt es sich um ökonomische Krisen, welche mit politischen Veränderungen einhergingen, und um internationale Krisen, die sich als nationale Krisen manifestierten. Soziale und politische Krisen folgten. Daher untersuchen wir das Wechselspiel zwischen Politik und

Ökonomie, bzw. Weltwirtschaft und Nation. Hierbei geht es um die Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der politökonomischen Dynamik. Aus diesem Grund steht am Beginn der Ausführungen jeweils die Darstellung der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Daran schließt sich die Analyse der Veränderungen im Akkumulationsregime und in der Regulationsweise, wobei den politischen Veränderungen und den Veränderungen der Staatlichkeit eine besondere Rolle zuerkannt wird. Schließlich soll die detaillierte Fallanalyse auch dazu beitragen, die oben angerissene grundsätzliche Problematik von Krise und Stabilität bzw. von Typen von Krisen besser zu verstehen. Zwei Thesen sollen hierbei untermauert werden. Zum einen ist in beiden großen Krisen eine Kontinuität des Machtblocks und eine Nachhaltigkeit von Machtstrukturen feststellbar. Zum anderen liegt die Kürze der Weltwirtschaftskrise und die Länge der Globalisierungskrise darin begründet, daß erstere in Brasilien den Akkumulationsprozeß nur kurz unterbrach, wohingegen das Akkumulationsregime seit 1980 stagniert.

1. Weltwirtschaftskrise 1929

Die Weltwirtschaft wurde in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg durch die britische Hegemonie stabilisiert (Arrighi 1993). Großbritannien legte die Spielregeln des Goldstandards und des freien Welthandels fest, und der Imperialismus sicherte die notwendige Expansion des Kapitals. Immer neue Gebiete wurden in die kapitalistische Weltwirtschaft eingebunden. England exportierte Kapital und Waren in seine Kolonien und nach Lateinamerika. Seit dem Ersten Weltkrieg kündigte sich aber ein grundlegender Wandel des institutionellen Gefüges an. Die britische Vorherrschaft brach zusammen, und das Modell des Goldstandards begann zu wanken. Nach 1918 verfügte die USA bereits über mehr als die Hälfte der Weltgoldbestände; 1929 hatte sie einen Anteil von 42% der Weltproduktion in der verarbeitenden Industrie (Altvater 1987:199-201). Die Weltwirtschaftskrise beendete die britische Vorherrschaft, und es dauerte bis 1945, bis sich im System von Bretton Woods die US-amerikanische Vorherrschaft etablieren konnte.

2. Die Weltwirtschaftskrise in Brasilien als Phase der Nicht-Stabilität?

a) Das extensive Akkumulationsregime und seine Krise

Nach einer langen Periode der Stagnation war ab 1850 das Wachstum der brasilianischen Wirtschaft relativ stabil. Furtado (1975:123f) spricht von einem jährlichen Pro-Kopf-Wachstum von 1,5% zwischen 1850 und 1950, Cano (1998:305) spricht, vorsichtig geschätzt, von einem jährlichen industriellen Wachstum von 4,4% im Zeitraum 1911 bis 1928. Es kann daher von einem relativ stabilen und gleichzeitig dynamischen extensiven Akkumulationsregime gesprochen werden. Es bestand in der Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sich verbreitende Lohnarbeit, durch massive Infrastrukturinvestitionen, einen Urbanisierungsprozeß und das Entstehen des Bankwesens. Das Eisenbahnnetz wuchs von 14,5 Kilometern 1854 auf 9.076,1 km 1889; das Telegraphennetz von 65 km (1861) auf 10.969 km (1889) und die Zahl der ausgegebenen Patente von 1 im Zeitraum von 1831 bis 1835 auf 955 im Zeitraum 1881 bis 1889 (Pessoa 1983:105f); der Arbeitskräftebedarf in den expandierenden Wirtschaftssektoren konnte durch massive Zuwanderung gedeckt werden. Die Importe von Maschinen sackten einzig während des Ersten Weltkriegs und dann von 1930 bis 1933 ab; sie erreichten aber 1938 schon wieder das Niveau der dynamischsten Jahre vor der Krise (Cano 1998:294).

Das extensive Akkumulationsregime beruhte wesentlich auf der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Kaffeewirtschaft, indem die Sklaverei durch die Lohnarbeit ersetzt wurde, wenngleich die Kaffeebarone so lange wie möglich an der alten Arbeitsorganisation festhielten (Targa 1996:71). Die Kaffeewirtschaft, die fast 70% der Exporteinnahmen erwirtschaftete, war der zentrale Devisenbringer und damit die zentrale Finanzierungsquelle, wodurch Investitionen in andere Branchen ermöglicht wurden. Der Exportwert stieg bis 1930 kontinuierlich und betrug in den zwanziger Jahren 561 Mio. Pfund Sterling (Cano 1998:291), was auch mit der günstigen Preisentwicklung zusammenhing. Ein in Pfund gemessener Preisindex, wonach die 1820er Jahre mit 100 angesetzt werden, kam im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts auf die Indexzahl 83, im 2. auf 134 und im 3., d.h. den zwanziger Jahren, auf 178. Die Handelsbilanz wies daher in den zwanziger Jahren Überschüsse auf (Silva 1986:29). Trotzdem mußte auf die Außenverschuldung als weiterer Finanzierungsquelle zurückgegriffen werden, was den britischen Einfluß vergrößerte. Nur so war die chronische Finanzkrise des brasilianischen Staates hinauschiebbar (Senghaas 1980:123). Der Anteil des Schuldendienstes an den Gesamtausgaben der Bundesregierung stieg kontinuierlich von 10,2% (1890-1894) auf 20,3% (1925-1929) (Oliveira 1989:33).

Von entscheidender Bedeutung für die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur war neben der Kaffeewirtschaft der Industrialisierungsprozeß. Schätzungen gehen davon aus, daß die landwirtschaftliche Produktion rund 8 Mio. Contos und die industrielle rund 4 Mio. umfaßte, was einem Pro-Kopf-Einkommen von 300 Contos entspricht; 69,7% der Erwerbstätigen waren 1920 in der Landwirtschaft und einzig 13,8 % in der Industrie beschäftigt (Fausto 1981:21ff). In Millionen Laufmetern gemessen stieg die Produktion von Baumwollstoffen von 393,4 (1912/13) auf 476,1 (1930), wobei schon 1923 ein Höhepunkt mit 939,8 erreicht wurde. Schon zwischen 1919 und 1939 ging die Bedeutung der Textilindustrie, d.h. einer „frühen“ Industriesparte von 23,3% auf 16,7% der gesamten Industrieproduktion Brasiliens ebenso zurück wie der Anteil der Lebensmittelindustrie von 40,3 auf 38,7%, wohingegen vor allem die mechanische und metallverarbeitende Industrie zwischen 1919 und 1939 Anteilsgewinne verzeichnen konnte (Cano 1998:308f). Schon in den zwanziger Jahren begannen sich auch moderne, mit komplexeren Technologien arbeitende internationale Unternehmungen, wie Rhodia, Ford, GM, GE, Phillips, Pirelli, Firestone, Unilever, Nestlé und Kodak in São Paulo anzusiedeln (Cano 1997:245). Einzig die kapitalgüterproduzierende Industrie hielt mit dieser Expansion nicht Schritt, wiewohl es trotzdem in den zwanziger Jahren zur Errichtung erster kleiner Stahl- und Zementwerke kam (Mello 1998:176f).

Da die außenwirtschaftlichen Verflechtungen aufgrund der Außenfinanzierung von Entwicklung und der Bedeutung der Kaffeeexporte sehr groß waren, war Brasilien sofort vom New Yorker Börsenkrach betroffen. 1929 verlor Brasilien in drei Monaten als Folge von Kapitalflucht seine gesamten Goldreserven, die es in den Jahren davor durch ausländische Kredite angesammelt hatte (Furtado 1975:148). Die Weltwirtschaftskrise führte zu einem Sinken des Anteils des Importwerts am Volkseinkommen von 14% (1929) auf 8% (1932), weshalb die Handelsbilanz Überschüsse erzielte (Mello 1998:184). Die nationale Industrieproduktion erhielt hingegen in der Krise den entscheidenden Impuls. „Zwischen 1929 und 1937 stieg die Industrieproduktion um etwa 50% und die Rohstoffproduktion für den Inlandsmarkt um mehr als 40%. Trotz der von außen aufgezwungenen Depression stieg das Volkseinkommen in derselben Zeit um 20%, was einem Pro-Kopf-Zuwachs von 7% gleichkommt. ... Die Zunahme der Nachfrage nach Kapitalgütern - Ergebnis der Produktionsausweitung in Richtung auf den Inlandsmarkt - und der starke Preisanstieg für diese Importe - Ergebnis der Abwertung des Wechselkurses - schufen günstige Bedingungen

für den Aufbau einer Kapitalgüter-produzierenden Industrie im Land selbst ... Tatsächlich hat die Produktion von Kapitalgütern (anhand der Angaben für die Produktion von Eisen, Stahl und Zement) in Brasilien unter der Krise wenig gelitten, und sie erholte sich bereits 1931. Im Jahre 1932, im Tiefpunkt der Depression, war sie bereits um 60% gegenüber 1929 gewachsen.“ (Furtado 1975:158ff)

b) Regional fragmentierte Regulierung und ihre Krise

Die Stabilisierung des extensiven Akkumulationsregimes wurde nach dem Ende des Kaiserreichs ab 1889 durch eine dezentrale, aber gleichzeitig stark außenorientierte Regulationsweise abgesichert, die “Alte Republik” konstituierte ein fragmentiertes Raum-Macht-Feld (vgl. Novy 1998:144-153), ohne aber die nationale Ebene vollkommen zu entmachten (Fausto 1981:90). Letztere hatte ja schon während des Kaiserreiches die Aufgabe, die Machtstruktur – vor allem die Sklavenökonomie – zu verteidigen. Das Ende der Sklaverei und der Monarchie bedeuteten einen Modernisierungsschub. Die lokale Macht der Großgrundbesitzer mußte sich der regionalen Macht der Gouverneure, die vor Ort die Klasseninteressen artikulieren mußten, unterordnen. Die Vormachtstellung des Kaffeekapitals war so groß, daß die Auseinandersetzungen um die Zentralmacht bis nach der Revolution von 1930 weniger zwischen Klassen und Klassenfraktionen stattfanden, sondern zwischen Regionen (Fausto 1981:90f, 112). Auch in der Verfassung von 1891 fand sich noch ein liberal-föderatives Credo. 1894 waren jedoch einzig 2,21%, 1930 nur 5,65% der Bevölkerung wahlberechtigt, was den dominanten Gruppen erlaubte, die politische Kontrolle zu erhalten (Novy 1998: 147). Die Gouverneure regierten im Interesse der Agraroligarchie und alle Regionen akzeptierten die Vormachtstellung der devisenerwirtschaftenden Kaffeelieferanten. Ohne sich diskursiv vom Liberalismus zu verabschieden, wurde *de facto* eine pragmatische Politik der Marktregulierung umgesetzt (Becker/Egler 1992:38.39.43). Der 1906 begonnenen Politik der Kaffeepreisstützung, deren Höhepunkt die Vernichtung von Kaffeeplantagen während der Wirtschaftskrise war, lag das Prinzip zugrunde, daß der Staat die Verluste der Kaffeewirtschaft sozialisierte (Furtado 1975:144). Die einzige vom liberal-oligarchischen Staatsmodell abweichende Region war Rio Grande do Sul, wo sich gegen die Großgrundbesitzer des Südens des Bundesstaates eine aufklärerisch-positivistisch orientierte Führung, unterstützt durch die Kleinbauern des Nordens, durchsetzte und eine Entwicklungsdiktatur einsetzte.

Die regional fragmentierte Staatlichkeit und das liberale Lippenbekenntnis zu einem Minimalstaat darf somit nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Staat in seiner Gesamtheit 1930 schon ungleich bedeutsamer war, als dies gemeinhin behauptet wird. Der Staat wurde somit in den 40 Jahren der „Alten Republik“ zur wirtschaftlichen Regulierungsinstanz und produzierte oder subventionierte wesentliche Teile der wirtschaftlichen Infrastruktur (Pereira 1996:212). Auch von den rigiden Fesseln des Goldstandards begann sich Brasilien durch Abwertungen und die weit über die vorhandene Geldmenge hinausgehende Zunahme an Bankeinlagen zu lösen (Saes 1997:213). Der Anteil an Einlagen bei ausländischen Banken sank in São Paulo von 66,5% (1918) auf 24,4% (1928) (Saes 1997:206-208).

Der Arbeitsmarkt war kompetitiv und „frei“ jeglicher Schutzbestimmungen geregelt, was aber nicht mit fehlender Staatsintervention verwechselt werden darf, denn die Unternehmen konnten sich stets auf die Kooperation der Polizei stützen. Auf Unternehmerseite gab es seit 1904 das *Centro Industrial do Brasil* (CIB). Die Arbeiterschaft begann sich mit einem ersten nationalen Kongreß 1906 langsam als politische Kraft zu formieren, obwohl ihre parteimäßige Organisierung aufgrund der starken anarcho-syndikalistischen Strömungen schwierig blieb (Decca 1997:201). Die Streiks 1917 und 1918 waren ein erster Höhepunkt einer Reihe von sozialen Protestbewegungen und führte zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse (Fiori 1995:79); die polizeistaatliche Regulierung des Arbeitsmarktes erwies sich als zunehmend unwirksam. 1919 wurde ein erstes Gesetz betreffend Arbeitsunfälle verabschiedet, 1923 wurde ein Kündigungsschutz und für die Eisenbahner eine Pensionskassa, 1925 ein Urlaubsgesetz für Handelsangestellte verabschiedet und 1927 – trotz massiven Widerstands der Unternehmerschaft (Decca 1997:195) - die Kinderarbeit geregelt (Novy 1998:152). Innerhalb der Unternehmerschaft spitzten sich die internen Widersprüche zu. Die Republikanische Partei konnte die Einheit der dominanten Kräfte nicht länger aufrechterhalten. Das Interesse der Händler an billigen Importprodukten stand diametral gegen dasjenige der Industriellen. Die Handelsvereinigung spaltete sich 1927, und 1928 entstand das Zentrum der Industrien des Staates São Paulo (CIESP – *Centro de Indústrias do Estado de São Paulo*) (Decca 1997:135ff). Die Industriellen waren über die mangelnde Durchsetzungskraft des Staates erschrocken, die sich ihrer Meinung nach in der Welle der Sozialgesetzgebung und einem sozialistisch-revolutionären gesellschaftlichen Klima zeigte (Decca 1997:176).

Die Krise des extensiven Akkumulationsregimes zusammen mit weltwirtschaftlichen Veränderungen, nämlich der Krise des Welthandels seit dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Goldstandards, bildeten den Nährboden für die politisch turbulenten zwanziger Jahre. Diese waren deshalb ohne Zweifel eine Periode des Aufbruchs und der gesellschaftlichen Öffnung. Ein großer gesellschaftlicher Wandel kündigte sich an und wurde in Ansätzen bereits verwirklicht. Soziale Gruppen, welche durch die Modernisierung Brasiliens, die voranschreitende Kapitalisierung und die beginnende Urbanisierung gestärkt wurden, begannen ihren Platz im nationalen Machtgefüge einzufordern. 1922 erweckte die „Woche der modernen Kunst“ Aufsehen, mit der eine Vielzahl junger Intellektueller begann, auf das öffentliche Leben Einfluß zu nehmen. Bis Mitte der dreißiger Jahre herrschte ein für grundlegende Veränderungen offenes kulturelles und politisches Klima, das das Nationale als vereinheitlichenden Raum gegen das Archaisch-lokale setzte (Lahuerta 1997).

Die Krise der internationalen Regulierung eröffnete vor allem an der Peripherie der Weltwirtschaft Handlungsspielräume, denn sie schwächte die Agraroligarchie, welche die wesentliche innerbrasilianische Stütze der britischen Vorherrschaft war. Die Kaffeepreise purzelten von 22,5 cent/Pfund vor der Krise auf 8 cent/Pfund 1931 (Altvater 1987:204). Daraufhin wurden die Zins- und Tilgungszahlungen gestoppt und die Außenkredite umgeschuldet. Als Brasilien diese Maßnahme 1937 wiederholte, kam es zu keinerlei Sanktionen der Gläubiger, was sich wesentlich aus der Zusammensetzung der Außenschuld erklärt: 65% der Außenkredite kamen aus Großbritannien und nur 30% aus den USA: „Als die USA ihr Hegemonialsystem politisch gezielt zu errichten begannen, war jedenfalls ein Großteil der am Ende der britischen Hegemonie faul gewordenen Schulden *entwertet*; das neue Weltgeld Dollar hatte die Altlasten des Pfund Sterling nicht zu tragen. Neue Kreditbeziehungen konnten aufgebaut werden, neue Bänder geknüpft und monetäre Fesseln geschmiedet werden.“ (Altvater 1987:209) Brasilien war für die USA daher als Handelspartner wichtiger als als Schuldner. Hinzu kam noch das Interesse, Brasilien nicht als militärischen Verbündeten zu verlieren.

c) Die Revolution von 1930

Politisch bewegte sich nach dem Börsenkrach 1929 aufs erste nichts. Bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1930 unterlag die Opposition, welche, unterstützt von

der aufstrebenden Weltmacht USA (Fausto 1981:16), ein regionales Bündnis gegen São Paulo organisierte. Die paulistanische Agraroligarchie hingegen wurde von England und den Industriellen unterstützt und setzte sich erneut klar durch (Fausto 1981:29f). Getúlio Vargas, bis 1928 Gouverneur von Rio Grande do Sul und Kandidat einer anti-paulistanischen Allianz, akzeptierte seine Niederlage aber nicht und putschte. In der brasilianischen Geschichtsschreibung wird dies als die „Revolution von 1930“ bezeichnet. Ende der zwanziger Jahre hofften die VertreterInnen der Arbeiterschaft noch unter Aufgabe des Klassenkampfes auf ein Modernisierungsbündnis mit den nationalen Industriellen, d.h. auf eine „bürgerliche“ Revolution gegen die Oligarchie, gegen den Imperialismus und den Feudalismus (Decca 1997:102f). Die aufstrebenden Industriellen jedoch waren nicht stark genug, ihre Interessen ohne die Landoligarchie gegen die Arbeiterschaft durchzusetzen und optierten für ein Bündnis mit der Oligarchie und damit für die Nachhaltigkeit der Machtstrukturen – die „bürgerliche“ Revolution blieb unvollständig. Vargas brach nämlich niemals mit den „alten“ Kaffeeinteressen, die erfolgreichen Schritte in Richtung Industrialisierung wurden ihm vielmehr von den protektionistischen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgezwungen. Die Industriepolitik passierte *ad hoc* (Fausto 1981:48f) und ohne Bruch mit dem Bestehenden. Der Anteil der Kaffee- an den Gesamtexporten sank zwar von 68,8% auf 42,1%, blieb aber trotzdem zentral (Fausto 1981:105)!

Einmal erfolgreich gliederte Vargas bald schon die dominanten Gruppen São Paulos in das neue Machtsystem ein. Umgekehrt verfolgte der Staat weiterhin die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu entorganisieren und wenn nötig zu unterdrücken. Die „bewahrende Revolution“ von 1930 diente nicht unwesentlich zur Abwehr einer kommunistischen Revolution. Tatsächlich wurden die Arbeiterschaft und die reformfreudigen Offiziere im Laufe der dreißiger Jahre Schritt für Schritt marginalisiert. Die Vargassche Akkomodierung der divergierenden Interessen erfolgte via Nationalstaat, welcher aber nun nicht länger der Demokratisierung und Vereinheitlichung sozioökonomischer Bedingungen dienen sollte. Die nationalstaatliche Ideologie orientierte sich zunehmend am Faschismus (Fausto 1981:110). Die Oligarchien erhielten ihre auf dem Latifundium basierende Macht, indem sie sich schrittweise den nationalen Entwicklungs- und Industrialisierungsinteressen unterordneten. Die Vernichtung der Ernteüberschüsse Anfang der dreißiger Jahre sollte eigentlich dem Schutz der Kaffeeinteressen dienen. Indem die Kaffeeproduzenten weiterhin Kaffee ernteten, der zwar keinen Absatz fand - und daher vom Staat gehortet und später vernichtet werden

mußte -, wurde die Angebotsseite stabilisiert, und es konnten negative kumulative Effekte - vor allem bedingt durch Entlassungen und dem Rückgang der privaten Nachfrage - vermieden werden (Furtado 1975:154). Die Kaffeestützung und andere defizitfinanzierte Staatsausgaben (die Bürgerkriege 1930 und 1932 und gegen die Dürre im Nordosten) hatten somit die unbeabsichtigte Konsequenz, daß sie gleichzeitig nachfragestabilisierend wirkten (Mello 1998:184). Dies war Nachfragestabilisierung vor Keynes und ist ein typisches Beispiel für das Wesen des lateinamerikanischen Keynesianismus: staatliche Nachfrageschaffung, welche die verschiedenen sozialen Gruppen sehr ungleich als Nachfragende fördert.

Der autoritäre Nationalstaat ermöglichte – schrittweise und kulminierend im *Estado Novo* – das Verbot der Kommunistischen Partei, die Zerschlagung der autonomen Organisationen der Arbeiterschaft und anderer progressiver zivilgesellschaftlicher Organisationen. An die Stelle der bald verbotenen unabhängigen Gewerkschaften traten korporativistisch dem Arbeitsministerium unterstellte Gewerkschaften, deren Spitzen in den Machtblock integriert wurden. Die Arbeiterschaft bekam im 1943 festgeschriebenen Arbeitsrecht (CLT- *Consolidação das Leis de Trabalho*) klar definierte soziale Rechte. Auch die reformfreudigen Offiziere und die antioligarchisch eingestellten Liberalen wurden marginalisiert und die Fremdenfeindlichkeit diente dem Antikommunismus (Fausto 1981:106f). Trotzdem war der neue Machtblock größer als derjenige der „Alten Republik“, was damit zusammenhängt, daß im neuen Akkumulationsregime größere Bevölkerungsgruppen integriert werden konnten.

3. Der periphere Fordismus als Nicht-Krise?

Für die Regulationstheorie bildet die Entwicklungsweise der Nachkriegszeit, Fordismus genannt, das Leitbild stabilisierter kapitalistischer Entwicklung (Aglietta 1987). Demnach zeichnen sich die „goldenen dreißig Jahre“ von 1945 bis 1975 durch stabile Akkumulation und eine gleichbleibende Regulation aus. Für die Analyse Brasiliens und dessen peripheren Fordismus ist eine Relativierung dieser These angebracht. Die Periode, die nach dem ersten Weltkrieg bzw. in voller Intensität 1930 einsetzte, war in Brasilien durch die - erstmalige - Herausbildung eines kompletten und stabilen nationalen Akkumulationsregimes und der Dominanz des Nationalstaats als zentralem, am Interessenausgleich unter den dominanten

Gruppen interessierten Akteur geprägt. Die intensive Akkumulation basierte auf einer Binnenfinanzierung der Entwicklung durch eine weitgehende Autonomie in der Geldpolitik, auf der Urbanisierung und Komplettierung der Industriestruktur als Quellen der Nachfrage. Dies und der Konsum der Ober- und Mittelschicht ersetzte die Massennachfrage, welche aufgrund der ungleichen Einkommensverteilung nicht wie in den Industriestaaten ein Wachstumsmotor sein konnte. Die metallverarbeitende, die elektrotechnische und die chemische Industrie waren die Wachstumsbranchen, welche vor allem in den fünfziger Jahren sehr hohe Produktivitätszuwächse von fast 10% p.a. aufwiesen (Novy 1998: 161). Aus der Sicht des Wirtschaftswachstums war die Periode zwischen 1950 und 1985 mit einem Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens von 3.25% p.a. eine erfolgreiche (vgl. Becker/Egler 1992:109), eine Phase stabiler Akkumulation. Die Finanzierung dieser Akkumulation war jedoch immer problematisch, was an den zahlreichen Verschuldungskrisen und der schleichenden Geldentwertung erkennbar ist.

Was die Regulationsweise betrifft, kam es zu einer Endogenisierung der wirtschaftlichen Dynamik und zu einer Aufwertung des Politischen. Anders als vor 1930 übte die ökonomisch dominante Gruppe – das paulistanische Industriekapital – die politische Macht nicht direkt aus, sondern vermittelt über einen von einer technokratischen Mittelschicht unter starker Beteiligung des Militärs verwalteten Nationalstaat. Die Bildung eines nationalen Marktes zerstörte die Archipelstruktur (Becker/Egler 1992:72). Während die Wirtschaft zunehmend in einem Verwertungskreislauf integriert und von São Paulo aus kontrolliert wurde, war die politische Zentralisierung komplizierter. Der nationale Entwicklungsstaat wurde zum Knotenpunkt gesellschaftlicher Entwicklung, an dem alle Akteure ihre Strategien ausrichten mußten. Diese Grundregeln politökonomischer Regulation blieben zwischen 1930 und 1980 weitgehend unangetastet. Trotzdem war die politische Regulierung alles andere als stabil. 1930 kam Vargas mit einer Revolution an die Macht, 1937 rief er den *Estado Novo*, eine am Faschismus orientierte Form von Diktatur aus, 1945 kam es zur Demokratisierung, 1954 ermordete sich Vargas, nachdem er 1950 auf demokratischem Wege die Präsidentschaft erlangt hatte, 1964 putschte das Militär in der sogenannten „Aprilrevolution“, zwischen 1982, den ersten freien Gouverneurswahlen, und 1989, den ersten freien Präsidentschaftswahlen, kam es zur Redemokratisierung.

Was jedoch hinter dieser Fragilität an Konstanz zu entdecken ist, kann als „Nachhaltigkeit von Machtstrukturen“ (Novy 1998) bezeichnet werden. Um ihren Macht-

Raum zu sichern, verfolgten die dominanten Gruppen in Brasilien zwischen 1930 und 1980 zwei Strategien gleichzeitig: „wachsen“ und „zentralisieren“. Die Wachstumsstrategie nennt Fiori die „Flucht nach vorne“ (1995:85), d.h. eine Wachstums- und insbesondere eine Industrialisierungspolitik wurde immer dann verfolgt, wenn sich die sozialen Spannungen verschärften. Statt die strukturellen Konflikte zu lösen, wurden diese durch Wirtschaftswachstum akkomodiert. Dies hatte aber langfristig den strukturellen Effekt, den kapitalistischen Sektor der Wirtschaft zu vergrößern und damit zum Wachstum der Arbeiterschaft als potentiell oppositioneller Kraft beizutragen.

Die Strategie der Zentralisierung von Macht auf nationaler Ebene hatte immer stark autoritäre Züge, d.h. sie bestand vor allem in Krisensituationen immer wieder im Rückgriff auf autoritäre Lösungen. Die traditionellen lokalen Kräfte nutzten die nationalstaatliche Zentralisierung als Chance, einen zentralen Beschützer zu schaffen, der ihre zunehmend archaischen Interessen vor Vereinheitlichung schützte. Tatsächlich wären bestimmte rückständige Interessen ohne Zentralstaat schon früh unter die Räder kapitalistischer Inwertsetzung gekommen; vor allem das rückschrittliche Latifundium hätte sich modernisieren müssen, um nicht unterzugehen. Beide Strategien, welche in anderen Kontexten gelegentlich die herrschende Ordnung umwälzten, waren wirksame Maßnahmen zur Bewahrung der bestehenden Sozialstruktur. Selbst in demokratischen Regimen nützte das Establishment alle Möglichkeiten aus, eine der traditionellen dezentralen Raum-Macht zuwiderlaufende Entwicklung zu verhindern.

4. Globalisierungskrise ab 1980

Die Globalisierungskrise hat ihre Wurzeln im Rückgang des Produktivitätswachstums und der Profitraten in den Zentren der Weltwirtschaft (Novy et al. 1999:13). Doch gelang es fast allen Staaten, in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre an der nationalstaatlichen Entwicklungsweise festzuhalten. Die wirkliche Zäsur stellt die geänderte Geldpolitik der USA nach 1979 dar, welche die latente Strukturschwäche in eine offene Krise verwandelte. Mit einer gleichzeitigen Hochzins- und Aufwertungspolitik versuchte die USA, ihre wirtschaftliche Vorherrschaft wiederherzustellen (Tavares 1998, Novy et al. 1999:15ff). Dies führte auch in den USA anfangs zu einer tiefen Rezession. Doch danach gelang es den USA durch ein riesiges Doppeldefizit von Budget und Leistungsbilanz, auf Kosten der restlichen

Welt die binnenwirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren (Tavares/Melin 1998:57-62). Die relative Prosperität der Mittel- und Oberschicht der USA ist somit kein Argument gegen die Existenz einer Globalisierungskrise, sondern zu einem nicht unwesentlichen Teil die notwendige Kehrseite der finanziellen und fiskalischen Schwierigkeiten der restlichen Staaten der Welt und vor allem der Peripherie. 1985 sackte der Dollar ab, was vor allem Japans Investitionen in den USA rapide und abrupt entwertete und die tiefe Krise des japanischen Bankensektors mit auslöste (Tavares/Melin 1998:61). In den neunziger Jahren wurde Lateinamerika für überschüssiges US-Kapital erneut interessant, und die Region wurde zu einem „emerging market“, der anlagewilligem Kapital hohe Renditen, bedingt durch hohe Zinsen und stabilisierte Währungen, ermöglichte. Dies führte zu einer Finanziarisierung der Ökonomie, indem sich die Finanzmärkte autonomisierten und aufblähten. Die neue Vorherrschaft des Dollars beruht nun neben seiner Rolle als Weltreservewährung (Küblböck 1999: 277) auch darauf, die grundlegende Werteinheit der Finanzsicherungspapiere zu sein. Der Wert der langfristigen Staatsschuldscheine der USA bildet die Referenz, an der sich Rentabilität und Risiko anderer Anlageformen orientieren (Tavares/Melin 1988:62ff). Die Vermögenswerte erleben inflationäre Preisanstiege; wohingegen die restliche Ökonomie auf Deflation und Depression zusteuert.

5. Die Globalisierungskrise in Brasilien als Nicht-Stabilität?

Da die brasilianische Volkswirtschaft nur relativ geringe Außenhandelsverflechtungen aufwies, lag die bestimmende Dynamik jahrzehntelang auf dem Binnenmarkt. Als sich dessen Wachstum und die Binnenfinanzierungskraft erschöpfte, reichte das Exportwachstum nicht annähernd, um seit 1981 eine Überakkumulations- und eine Finanzierungskrise zu verhindern. Die nun schon zwei Jahrzehnte dauernde Krise kann anhand der ausgewählten Zeitreihen in den Tabellen 1, 6 und 7 statistisch nachvollzogen werden. Die folgenden Kapiteln liefern Interpretationen und Erklärungen dieser Entwicklungen.

a) Das intensive Akkumulationsregime und seine Krise

Als sich die Krise in den siebziger Jahren bereits abzuzeichnen begann, gelang es der Militärdiktatur durch Verschuldung im Ausland deren Ausbrechen hinauszuschieben und

durch die Importsubstitution im Energie- und Technologiebereich die Produktionsstruktur zu komplettieren. Erst mit dem Wirtschaftseinbruch 1981 setzte die Rezession, dann jedoch besonders hart, ein. Für die schweren Einbrüche war die Industrie verantwortlich, und auch in den Aufschwungsjahren von 1984-1986 und 1993-1994 war die industrielle Dynamik treibend. Seit 1995 sackte das BIP-Wachstum kontinuierlich ab. 1999 wird das BIP schrumpfen (<http://www.ipea.gov.br/ftp/tabelas/ltab79.html>, Novy/Fernandes 1998: 289, www.jb.com.br vom 25.2.1999)

Nachfrageseitig lag die Ursache der Globalisierungskrise zum einen daran, daß die Urbanisierung mit einem Verstädterungsgrad von fast 80% so weit vorangeschritten war, daß sie nicht länger nachfragestabilisierend sein konnte, zum anderen war die Industriestruktur komplettiert und daher ebensowenig für Nachfrageimpulse geeignet. Die in den achtziger Jahren erfolgende Verschlechterung der Einkommensverteilung blockierte die Massennachfrage als Ausweg aus der Wachstumskrise. Einzig 1986 und 1990, als die Regierungen heterodoxe Inflationsbekämpfungsprogramme durchsetzten, verbesserte sich die Einkommensverteilung leicht. Trotzdem konnten über die gesamte Dekade hinweg die reichsten 10% ihr Einkommen deutlich, das 9. Dezil leicht erhöhen; die restlichen 80% verloren (Vgl. Tab. 2). Das intensive Akkumulationsregime stieß damit an die durch die gegebene Macht- und Einkommensverteilung gesetzten Grenzen.

Tabelle 2: Einkommensverteilung, Brasilien, 1981 – 1990*

Anteil am Einkommen	1981	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
DEZIL									
1.Dezil (bis 10%)	0,9	0,9	0,8	0,7	1,0	0,7	0,6	0,6	0,8
2.Dezil (10–20%)	1,8	1,7	1,7	1,7	1,7	1,5	1,4	1,4	1,6
3.Dezil (20–30%)	2,6	2,5	2,5	2,4	2,6	2,4	2,3	2,2	2,2
4. Dezil (30-40)	3,6	3,4	3,4	3,2	3,1	3,1	3,0	2,7	2,7
5. Dezil (40-50)	4,5	4,1	4,1	4,0	4,1	4,0	3,8	3,5	3,9
6. Dezil (50-60)	5,8	5,4	5,5	5,4	5,5	5,4	5,1	4,7	5,2
7. Dezil (60-70)	7,6	7,2	7,3	7,2	7,3	7,3	6,9	6,5	7,2
8. Dezil (70-80)	10,5	10,2	10,3	10,2	10,1	10,3	9,8	9,4	10,3
9. Dezil (80-90)	16,1	16,5	16,3	16,4	15,8	16,3	15,9	15,8	16,4
10. Dezil (90-100)	46,6	48,1	48,1	48,8	48,8	49,0	51,2	53,2	49,7
95-100	33,4	34,5	34,5	35,1	35,5	35,2	37,3	39,4	35,8
99-100	13,0	14,0	13,7	14,1	15,2	14,5	15,1	17,3	14,6

* Monatseinkommen erwerbstätiger Personen ab 10 Jahren

Quelle: <http://www.ipea.gov.br/ftp/tabelas/ltab80.html>

Auch auf der Angebotsseite vertieften sich die Krisensymptome. Die Industrieunternehmen gerieten aufgrund einer schwachen Produktivitätsentwicklung und fehlender Absatzmärkte in den achtziger Jahren in die Krise. Der wesentlich für die langfristige Kapitalbildung zuständige Akteur - der Nationalstaat - schlitterte in eine Fiskalkrise, was die Investitionsraten senkte. Während die Bruttoanlagenkapitalbildung/BIP in den siebziger Jahren bis auf 25,8% anstieg, fiel sie Anfang der achtziger Jahre unter 20%, und pendelte sich in den neunziger Jahren bei 15% ein (Novy 1998:182). Stattdessen erzielten die Besitzenden und die Unternehmungen mit dem Handel kurzfristig fälliger Staatsschuldscheine große Gewinne. Der Anteil der Löhne an der Wertschöpfung, der seit 1949 kontinuierlich gesunken war, erhöhte sich im Zuge der Demokratisierung nicht. 1976 bis 1990 kann von einer Akkumulationskrise gesprochen werden. Die Löhne stiegen zwar nur schwach, die Arbeitsproduktivität gemessen an der physischen Produktion pro ArbeiterIn stagnierte aber, ohne noch zu massivem Stellenabbau zu führen. Dies änderte sich ab 1990. Wesentlich bedingt durch Entlassungen, begann die Produktivität wieder zu steigen und erreichte 1996 bei 14% p.a. einen Höhepunkt (www.fazenda.gov.br (27.7.1997))

b) *Plano Real* und die „Revolution der Wirtschaftsverfassung“

1980 war das politische Establishment diskreditiert und die Demokratisierung schien die Möglichkeit zu eröffnen, nach der ökonomischen nun auch die politische und soziale Modernisierung Brasiliens zu verwirklichen. Die Linke setzte hierbei auf eine nationale Regulierung, welche sowohl durch Kollektivverträge als auch wohlfahrtsstaatliche Institutionen die sich unter den Militärs verschärfenden sozialen Ungleichheiten reduzieren sollte. In der neuen Bundesverfassung 1988 wurde eine Reform der Staatlichkeit festgeschrieben, welche auf eine fordistische nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise ausgelegt war. Neoliberale Maßnahmen zur Änderung des Konkurrenzverhältnisses und der Staatlichkeit waren nicht mehrheitsfähig, da der abgeschottete Markt und der klientelistische Staatsapparat für die dominanten Gruppen zu wichtig waren. Die Vorschläge zur Privatisierung und zur Kürzung von Staatsausgaben konnten anfangs nur zaghaf und unsystematisch umgesetzt werden. Jedoch legte die Hochzinspolitik Ende des Jahrzehnts die Grundlage für einen neoliberalen Umbau. „Das Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt. Die

Entscheidungsträger kamen überein, aus dieser Verwirrung Nutzen zu ziehen, indem sie mit Erfolg die Inflation als Resultat einer Wirtschaftspolitik hinstellten, die in Zeiten der Rezession an überzogenen Budget- und Lohnvorstellungen festgehalten hatte. Diese ökonomische Rhetorik, derer sich die Experten an den Universitäten sowie die internationalen Organisationen bedienten, verdreht durch Umkehrung der Verantwortlichkeiten die Realität. Sie ließ die Idee glaubwürdig erscheinen, der sogenannte Mißerfolg der Inflationsbekämpfung in den achtziger Jahren sei vor allem einer gewissen Tradition des „Wirtschaftspopulismus“ geschuldet, von dem sich die lateinamerikanischen Demokratien nicht lösen konnten.“ (Pereira 1998:142) Die inflationistische Wirtschaftspolitik resultierte nicht nur in einer Verschärfung der Einkommensungerechtigkeiten, sondern legte auch die Verteilungskonflikte lahm. Die Konsequenz war, daß der ehemals den dominanten Gruppen so wichtige Staat delegitimiert und seiner Handlungsfähigkeit beraubt wurde. Das schlechte Funktionieren dieses Wohlfahrtsstaats wurde der Linken zum Vorwurf gemacht und diente als Begründung, warum eine private Organisation von Gesellschaft und Ökonomie vorzuziehen sei. Selbst wesentliche Teile der Linken akzeptierten diese Argumentation.

Die ökonomische Krise brach zwar 1981 aus, es dauerte aber bis zum *Plano Real* 1994 und dem Beginn der Präsidentschaft Cardosos 1995, bis das Establishment eine Antwort auf den Zusammenbruch der alten Ordnung fand. Damit endete die politische Übergangszeit, die nach 20 Jahren Militärdiktatur als Demokratisierung so große Hoffnungen geweckt hatte. Die Landeswährung ist seit Juli 1994 der Real (R\$). Sein Wechselkurs zum Dollar war anfangs mit 0,80 schwer überbewertet und blieb dies bis Jänner 1999 trotz langsamer Abwertungen auf 1,20. Nach der Kurssturz lag sein Wechselkurs im Februar 1999 bei 2,00. Die Überbewertung erlaubte gleichzeitig einen Importboom und eine Inflationsdämpfung. Das von 1992 bis 1996 massiv einströmende Auslandskapital stabilisierte den Wechselkurs und finanzierte den Importboom auf Pump. Der Preis war ein ständig steigendes Doppeldefizit von Budget und Leistungsbilanz. Letztere war 1997 mit R\$ 33,4 Mrd. negativ (vgl. Tab.7). Die scheinbare Stabilität, die der *Plano Real* brachte, erlaubte eine radikale Reform, eigentlich müßte von einer Revolution gesprochen werden, der Wirtschaftsverfassung. Die klare Mehrheit im Kongreß setzte Verfassungsreformen durch, die die entwicklungsstaatliche Regulierung zerstörten. Die Staatstätigkeiten werden auf Kernbereiche reduziert, nicht nur die unternehmerische Staatstätigkeit, sondern die öffentliche Leistungsbereitstellung allgemein wird zunehmend privatisiert. Privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Organisationen können

nun mit der Ausführung staatlicher Aufgaben betraut werden (Mare 1997). Dieses neue, als *Governance* bezeichnete Staatsmodell (Jessop 1997) definiert die staatlichen Aufgaben insofern radikal um, als ein moderner Staat nicht länger ein Bürger- und Wohlfahrtsstaat sei, sondern einzig für die Sozialhilfe für die Ärmsten und die Förderung des international wettbewerbsfähigen Kapitals zuständig sei. Die Elemente dieser in wenigen Jahren „revolutionierten“ Wirtschaftsverfassung sollen im folgenden dargestellt werden.

b) Lokal-global Governance

Die Privatisierungen liefen in der Regel nach einem ähnlichen Schema ab. Die verstaatlichten Unternehmungen waren durch Vetternwirtschaft, rigide Preiskontrollen und fehlende Investitionen in den achtziger und beginnenden neunziger Jahren schwer defizitär. Noch 1995 erwirtschafteten die 50 größten Staatsbetriebe einen Verlust von R\$ 2,9 Mrd.. In den Jahren vor ihrer Privatisierung investierte der Staat in diese erstmals wieder und sie rutschten in die Gewinnzone. 1996 erzielten die 50 größten Staatsbetriebe schon einen Gewinn von R\$ 2,6 Mrd., 1997 von R\$ 7,2 Mrd.. Zu diesem Zeitpunkt wurden sie verkauft (Exame 1998: 18). Die Unternehmen wurden anfangs zu 98,8% mit Schuldscheinen und nicht mittels Barzahlung „bezahlt“. Später erhöhte sich die Barzahlung, jedoch finanzierte der Staat 50% des Kaufpreises durch Kredite vor (www.bndes.br/pndnew vom 2.7.1998). Weiters erhielten die Firmen hohe Kredite für ihre Investitionen; zusammen mit einer Reduktion des Beschäftigtenstandes um rund ein Drittel bedeutete dies zumeist sensationell hohe Gewinne schon im ersten Jahr. So erwarb ein Konsortium eine Autobahn in São Paulo um eine Eingangszahlung von R\$ 10 Mio. und 240 Monatsraten zu je R\$ 340.000. Die jährlich erwarteten Einnahmen belaufen sich demgegenüber auf R\$ 220 Mio. Das Stromunternehmen von Rio, *Light*, reduzierte nach der Privatisierung seinen Beschäftigtenstand von 11.000 auf 6.700, und kam so aus der Verlustzone. Im ersten Trimester 1998 verzeichnete das Unternehmen einen Gewinn von R\$ 115,2 Mio.. Der Staat wollte 1998 einerseits R\$ 730 Mio. für Investitionen und andererseits wegen der zahlreichen Stromabschaltungen eine Strafe in der Höhe von zwei Millionen R\$ einfordern (vgl. Novy 1998:205-212). Am Ende der 1996 mit R\$ 24,4 Mrd. gestützten Marktberreinigung am Bankensektor standen einige wenige marktbeherrschende Unternehmen, mit zunehmender internationaler Beteiligung (Novy 1998:208). Die Sanierung der Staatsbanken, d.h. auch der

nichtstaatlichen Aktionäre, kostete darüber hinaus R\$ 37,6 Mrd. Die Privatisierungen und Sanierungen gehen weiter (Novy 1998: 238).

Das Konkurrenzverhältnis war im peripheren Fordismus durch brasilianische und multinationale Unternehmungen dominiert, welche den keineswegs „freien“, sondern oligopolistisch strukturierten Binnenmarkt untereinander aufteilten. Allein die Bundesstaaten subventionierten Betriebsansiedlungen multinationaler Unternehmungen zwischen 1995 und 1997 mit mindestens R\$ 9 Mrd. (Novy 1998: 237). Bei der Auflistung der größten Privatunternehmen liegen zwei aus dem Finanzbereich kommende Gruppen, nämlich Bradesco und Itaúsa vorne, danach kommen die Automobilkonzerne Fiat, Volkswagen und GM. Mit Moreira Salles liegt eine weitere Finanzmarktgruppe an der sechsten Stelle (Exame 1998:86). Das Finanzkapital und das internationale Kapital haben gegenüber dem nationalen Industriekapital eindeutig die Oberhand gewonnen. Brasiliens Eigentums- und damit Machtstruktur unterscheidet sich Ende der neunziger Jahre grundlegend von derjenigen Ende der siebziger Jahre.

Trotz aller liberalen Rhetorik eines Minimalstaats verfügt der Staatsapparat 1995 mit 30,58% des BIPs über deutlich mehr Einnahmen als 1988 (22,43%) (Affonso 1996:8). 1997 belief sich der Schuldendienst auf 18,4% der Staatsausgaben des Bundes, was fast der Höhe der Personalkosten (20,4%) entspricht (Quelle: www.seplan.gov.br/sof/princagreg.html (1.8.1997); eigene Berechnungen). Die Sozialpolitik jedoch befindet sich seit Cardoso in einer Dauerkrise, da sie den makroökonomischen Sparzielen untergeordnet wird. Dabei war die Situation schon vor seinem Amtsantritt bedenklich, denn die Bundesregierung reduzierte zwischen 1989 und 1993 die Ausgaben für Bildung und Gesundheit um 27% bzw. 22% (Novy 1998:233)! 1997 kritisierte sogar der Rechnungshof die geringen Bildungsausgaben der Regierung (Brasilienausschnittdienst 6/97:31), die Ausgaben für Bildung und Gesundheit beliefen sich 1995 auf US\$ 17,8 Mrd., was nur drei Mal mehr ist als die Sanierung einer einzigen Bank, der *Banco Nacional*, kostete (Folha de São Paulo vom 3.3.1996).

Tabelle 6: Außenwirtschaftliche Indikatoren, Brasilien, 1980 bis 1997, ausgewählte Jahre

	1980 *	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Exportquote (1)	9,1	7,0	8,2	9,6	9,0	7,8	6,5	6,4	6,6

Importquote (2)	10,4	4,6	5,4	5,3	5,9	6,1	7,1	6,9	7,6
Außenschuld (3)	53,8	123,4	123,9	135,9	145,7	148,3	159,2	178,1	193,1
Währungsreserven (3)	6,9	10,0	9,4	23,8	32,2	38,8	51,8	60,1	52,2
Reserven/Import	30,1	48,3	44,7	115,8	127,5	117,3	104,0	112,8	112,8
Grundzinssatz real (4)		-4,8	6,7	30,2	7,1	24,8	33,1	23,9(5)	42,0(5)

* Werte nach der alten BIP-Serien

(1) Gesamtexport/BIP

(2) Gesamtimport/BIP

(3) Wert in Mrd. US\$, Dezember

(4) Rate des Over/Selic

(5) nominelle Werte

Quelle: Fernandes/Novy 1997:54f., Novy/Fernandes 1998: 288

Die in Tabelle 7 detailliert aufgelistete Zahlungsbilanz zeigt wesentliche Dimensionen der Globalisierung und erklärt, warum sie sich vor allem an der Peripherie der Weltwirtschaft als Krise präsentiert. Die Dynamik der Zahlungsbilanz reflektiert wesentlich weltwirtschaftliche Entwicklungen, was am Zu- bzw. Abfluß von Kapital in der Kapitalbilanz erkennbar ist (vgl. Tab. 7). In den siebziger Jahren war Kapital in den Zentren überschüssig, und wurde billig an die Peripherie verliehen. Durch die Dollaraufwertung und Zinssatzanhebung verteuerte sich das Kapital und konzentrierte sich im Zentrum. Brasilien wurde ab 1985 zum Exporteur von Kapital, die Kapitalbilanz wurde negativ. Mit 1992 begann erneut ein Zyklus des Kapitalimports. Zinssatzsenkungen in den USA reduzierten die Rentabilitäten am US-Markt und erhöhte umgekehrt die der von nun an als „emerging markets“ bezeichneten Länder. Dieser Zyklus erschöpfte sich Mitte der neunziger Jahre und konnte in Brasilien nur durch großangelegte und übereilte Privatisierungen hinausgezögert werden. Mit dem Ende des Kapitalzuflusses 1998 wurde der Währungspolitik der Regierung Cardoso der Boden entzogen. Die Dienstleistungsbilanz, d.h. Gewinn- und Zinsabflüsse, war immer negativ. Das Defizit stieg jedoch ab 1995 in astronomische Höhen, was den massiven Reichtumstransfer in der sich dem Kapital bedingungslos öffnenden Volkswirtschaft widerspiegelt. Der oftmals im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion stehende Handelsbilanz kommt die Aufgabe zu, angesichts dieser durch Kapital-, Gewinn- und Zinsflüsse gesetzten Umfeldbedingungen, einen Beitrag zum Ausgleich des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts zu leisten. Dies gelang aber nur ansatzweise. Die Handelsbilanz war in den siebziger Jahren – einer Phase der Importsubstitution - tendenziell negativ, in den achtziger Jahren – einer Phase des durch geringes Wirtschaftswachstum bedingten Zusammenbruchs der Importe und einer Diversifizierung der Exporte (vgl. Tab.6) – zumeist positiv. 1988

wurde ein Überschuß von US\$ 19,2 Mrd. erzielt. Mit dem *Plano Real* passivierte sie sich aufgrund des überhöhten Wechselkurses und des daraus resultierenden Importbooms erneut.

Tabelle 7: Zahlungsbilanz, in Mio. US\$, 1970 – 1997, ausgewählte Jahre

	1970	1974	1978
A.	232,0	-4.690,3	-1.024,2
Handelsbilanz			
B.	-815,0	-2.432,6	-6.037,2
Dienstleistungs Bilanz			
C. Waren – und Dienstleistung n (A+B)	-583,0	-7.122,9	-7.061,4
D. Einseitige Transfer	21,0	0,5	71,0
E. Saldo der Leistungsbilanz (C+D)	-562,0	-7.122,4	-6.990,4
F. Kapitalbilanz	1.015,0	6.253,9	11.891,4
G. Gesamt (E+F)	453,0	-868,5	4.901,0
H. Fehler und Auslassungen	92,0	-67,8	-638,6
I. Überschuß (+) / Defizit (-)	545,0	-936,3	4.262,4

	1980	1981	1984	1986
A.	-2.822,8	1.202,4	13.089,5	8.304,3
Handelsbilanz				
B.	-10.152,0	-13.135,2	-13.215,2	-13.694,7
Dienstleistungs Bilanz				
C. Waren – und Dienstleistung n (A+B)	-12.974,8	-11.932,8	-125,7	-5.390,4
D. Einseitige Transfer	167,8	198,5	170,5	86,3

E. Saldo der Leistungsbilanz (C+D)	-12.807,0	-11.734,3	44,8	-5.304,1
F. Kapitalbilanz	9.678,7	12.772,7	252,9	-7.108,3
G. Gesamt (E+F)	-3.128,3	1.038,4	297,7	-12.412,4
H. Fehler und Auslassungen	-343,3	-413,7	402,5	56,1
I. Überschuß (+) / Defizit (-)	-3.471,6	624,7	700,2	-12.356,3

	1988	1990	1992	1993	1994	1995	1996	1997 *
A. Handelsbilanz	19.184,1	10.753	15.239	13.307	10.466	-3.352	-5.554	-8.364
B. Dienstleistungs Bilanz	-15.103,3	-15.369	-11.339	-15.585	-14.743	-18.594	-20.483	-27.288
C. Waren – und Dienstleistungen (A+B)	4.080,8	-4.616	3.900	-2.278	-4.277	-21.946	-	-
D. Einseitige Transfer	94,0	834	2.243	1.686	2.588	3.974	2.900	2.216
E. Saldo der Leistungsbilanz (C+D)	4.174,8	-3.782	6.143	-592	-1.689	-17.972	-23.137	-33.437
F. Kapitalbilanz	-8.684,8	-4.988	25.271	10.115	14.294	29.359	34.263	26.087
G. Gesamt (E+F)	-4.510,0	-8.770	31.414	9.523	12.605	11.387	-	-
H. Fehler und Auslassungen	-832,5	-328	-1.386	-1.119	334	2.093	-2.109	-496
I. Überschuß (+) / Defizit (-)	-5.342,5	-9.098	30.028	8.404	12.939	13.480	9.017	-7.845

* Überschuß und Defizit in der Zahlungsbilanz entspricht aufgrund zusätzlicher Korrekturen nicht exakt den Veränderungen in den Währungsreserven.

Quelle: www.ipea.gov.br/ftp/tabelas/ltab88.html (für 1970-1995),
www.bcb.gov.br/htms/histbole.htm (3.12.1998) (für 1996-97)

Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt zeigen das Ausmaß der sozialen Krise. Es verschlechterte sich die Entlohnung, und es erhöhte sich die Arbeitslosigkeit und die Zahl informeller Beschäftigungsverhältnisse. Normalarbeitsverhältnisse, gemessen im Beschäftigtenindex, haben seit 1984 trotz Bevölkerungswachstum in der Industrie und in der Bauwirtschaft abgenommen; der Gesamtindex stieg zwischen 1984 und 1997 einzig um

6,72% (<http://www.bcb.gov.br/htms/histbole.htm> vom 7.7.1998). Die Arbeitslosenrate erreichte 1998 mit 18,3% einen historischen Höchstwert. Die durchschnittlichen Löhne der in der Privatwirtschaft Beschäftigten, die ihre Arbeitsplätze erhalten konnten, sanken im Industriezentrum São Paulo gegenüber 1985 auf einen Wert von 68,9% (Oktober 1998) (www.seade.gov.br/cgi-bin/pedmv98/ped.ksh?sg=TBL vom 25.1.1999, www.jb.com.br vom 27.1.1999)!

d) Die virtuelle Stabilität des *Plano Real*: dauerhafte Regulationsweise und instabile Akkumulation

Fernando Henrique Cardoso spielte 1994 eine ähnliche Rolle wie Getúlio Vargas 1930. Beide leiteten eine von Teilen der Linken getragene Opposition, welche sich schon bald mit dem Establishment verbündete, und verwirklichten eine „Revolution“. In beiden Fällen gelang es in der Folge, die Linke zu unterdrücken und mit einer Mischung aus Überzeugungsarbeit und Gewalt massiv zu schwächen. Unter Cardoso fand der herrschende Block nach 1994 ein neues institutionelles Arrangement, das alle Bereiche der Regulation umfaßt. Die Zentralbank verzichtet auf ihre Souveränitätsrechte und deshalb wird das Geld nun in weiten Teilen privat durch die internationalen Finanzmärkte reguliert, der Staat wird von einem bürokratischen Modell des *Government* zu einem dezentralen Modell des *Governance* umgebaut, der Wettbewerb wird nicht länger von nationalen Oligopolen, einer kleinen Zahl marktbeherrschender Unternehmen, am abgeschotteten Markt, sondern von vom internationalen Kapital dominierten Oligopolen bestimmt. Die Einbindung ins internationale Regime erfolgt als bedingungslose Eingliederung durch eine einseitige Marktöffnung. An die Stelle des korporatistisch-autoritären Modells der Arbeitsorganisation tritt ein kompetitives Modell, das zum Teil offen repressiv ist, großteils aber eine Machtverschiebung zum Kapital durch die strukturelle Gewalt der Arbeitslosigkeit herstellt. Diese sich in allen Bereichen vom Fordismus unterscheidende neoliberale Regulationsweise wurde in den letzten Jahren mit einer ungeahnten Schnelligkeit durchgesetzt. Es handelt sich jedoch um die Nachahmung eines in allen anderen lateinamerikanischen Ländern schon vollzogenen Bruchs; Brasilien nützte demnach seinen Handlungsspielraum, um auf eine eigenständige Strategie zu verzichten und sich als Nachzügler in eine breitere Bewegung einzuordnen.

Wie gestaltet sich nun die Hierarchie innerhalb der neuen strukturellen Formen. Ohne Zweifel nimmt die Regulation des Geldes eine Schlüsselrolle ein. Die Verteidigung der Währung war bis Jänner 1999 das Hauptziel; nachdem im Februar Fraga, ein enger Mitarbeiter von Soros, Zentralbankchef wurde, geht es nun in erster Linie darum, die Freiheit von Kapitalbewegungen und die Rentabilität des Finanzkapitals aufrecht zu erhalten. Die Art und Weise, wie die Regierung auf die Krisen des *Plano Real* reagierte, zeigt, wie untergeordnet andere Zielsetzungen sind. Die Steuerquote, die sich in den neunziger Jahren stark erhöhte, wurde mit jeder Krise weiter hinaufgeschraubt. Die Staatsquote und damit die Finanzierungskraft des Staates hat sich erhöht, was auch notwendig ist, um den Forderungen, die an den Staat herangetragen werden, nachkommen zu können. Die Industrieansiedlung und der Kauf von Staatsbetrieben wird ebenso subventioniert wie der Schuldendienst, der mittlerweile aufgrund von 35%-igen Realzinsen unfinanzierbar zu werden droht. Ein Moratorium ist aufgrund der ständig sinkenden Währungsreserven nicht mehr ausgeschlossen. Von den über US\$ 70 Mrd. im August 1998 sind ohne IWF-Krediten nur noch rund US\$ 25 Mrd. übrig (www.jb.com.br vom 25.2.1999). Das Budgetdefizit, dessen Eindämmung ehemals das oberste wirtschaftspolitische Ziel der Regierung war, explodiert. Trotz des Erlöses von R\$ 22 Mrd. aus dem Verkauf der Telefongesellschaft *Telebrás* und einer Reihe anderer großer Privatisierungen stieg das Budgetdefizit auf 7,8% des BIP (Financial Times 25.9.1998). Daß für die sozialen Dienste die Mittel ständig gekürzt werden müssen, ergibt sich fast zwangsläufig. Auch die Weltmarktöffnung ist gegenüber der Geldregulation zweitrangig. Die Automobilindustrie, die von internationalen Konzernen kontrollierte industrielle Schlüsselbranche Brasiliens, schützte sich schon 1995 erneut durch einen 60%-igen Importzoll. Die Veränderungen im Bereich der Arbeitsregulation haben durch die Deregulierung im Arbeitsrecht und die Erhöhung der Arbeitslosigkeit in erster Linie zu einer Schwächung der organisierten Arbeiterschaft und zu einer erhöhten betriebsinternen Abhängigkeit aller LohnempfängerInnen geführt. Es ist dies eine Regulationsweise, die auf dem Ausschluß immer neuer Bevölkerungsteile basiert. Das äußerst bescheidene Wirtschaftswachstum der letzten Jahre und das voraussichtliche Schrumpfen ab 1999 zeigt eine Grenze des Modells. Die Profitraten können bei einer stagnierenden Wirtschaft nur durch weitergehende Senkung der Löhne erhöht werden, die Einkommensverteilung muß sich weiter verschlechtern. Diese Umverteilung nach oben erfolgt vor allem via Finanzkapitalrenditen (Pereira 1998:149).

6. Zusammenfassung

Bei der Krise der nationalstaatszentrierten Entwicklungsweise kann in den achtziger wie in den dreißiger Jahren von einer „großen“ Krise, einem Zusammenbruch einer relativ stabilen Ordnung, gesprochen werden. Raum und Macht, wie sie jahrzehntelang um den Nationalstaat eine Einheit bildeten, was von Cardoso gerne als „Ära Vargas“ bezeichnet wird, zerbrach, weil die Zentralisierung im Rahmen des Nationalen nicht weiter voranzutreiben war. Die Lösung wurde sowohl in einer erneuten Dezentralisierung, wie dies z.B. das Raum-Macht-Arrangement vor 1930 war, als auch einer Sprengung der nationalen Grenzen, wie es durch eine weitergehende Internationalisierung, vor allem des Kapitals, geschah, angestrebt. Das Territorium, der politische Raum, der stets durch die traditionellen Kräfte dominiert war, verlor an Bedeutung, und der ökonomische Verflechtungsraum mit den Multinationalen Unternehmen als zentralen Akteuren sprengte nach der Aufgabe der Währungsautonomie und der Senkung der Zollschranken die nationalen Grenzen. Damit mußte eine neue Lösung gesucht werden, um die politische Stabilität der Machtstruktur zu erhalten. Eine neue Entwicklungsweise benötigt eine neue Raum-Macht-Struktur, welche die vor Ort dominanten Interessen integriert oder, was in allen Phasen davor nicht der Fall war, diese definitiv aus dem Machtblock entfernt. Das Neue, die neu gefundene Lösung, enthält zumeist Elemente des Alten. „Daraus läßt sich schließen, daß die „traditionelle“ Gesellschaft zwar ihre ökonomische Gestalt veränderte, ihr Machtsystem jedoch nach wie vor von denselben Personen kontrolliert wurde, obwohl diese die vielfältigsten Bündnisse mit den neu aufgetretenen Gruppen eingegangen waren“ (Cardoso/Faletto 1976:13). Die vor Ort notwendige ideologische Meinungsführerschaft konnte mit dem *Plano Real* gewonnen werden. Diese steht aber in krassem Widerspruch zur Regulation, die durch die Unterwerfung unter das internationale Regime gekennzeichnet ist. Die herrschende Klasse Brasiliens wird damit zum „Juniorpartner“ des internationalen Kapitals, in ihrer nationalen Politik abhängig von dessen Wohlwollen. Die Autonomie zur Herstellung politischer Stabilität nach innen ist bei einer neoliberalen Regulationsweise äußerst gering. Daher baut das Wesen der gegenwärtigen Vorherrschaft – so wie in den vergangenen fünf Jahrhunderten - auch in weit höherem Maße auf der Schwächung des Gegners als auf der Stärkung der eigenen Position auf.

Die Krise der achtziger Jahre ging aus mehreren Gründen tiefer und war schwerer überwindbar als die der dreißiger: erstens war die Akkumulationskrise 1930 äußerst kurz, während gegenwärtig kein Ende absehbar ist. Zweitens war die brasilianische Ökonomie Ende der siebziger Jahre viel differenzierter als am Beginn des Jahrhunderts. Drittens unterliegt Brasilien heute - im Unterschied zu den dreißiger Jahren - in weit größerem Ausmaß den internationalen Zwängen. In beiden Fällen ist aber die gleiche grundlegende Lösungsstrategie zu beobachten: eine „Revolution“ ermöglicht die konservative Modernisierung. Die Machtstruktur und der Kern des Machtblocks sollen konstant bleiben, im Institutionellen werden jedoch zahlreiche innovative progressive Elemente aufgenommen, und es wird versucht, sie in Form einer neuen dauerhaften Regulation anzuordnen. Es ist eine Grundregel der Herrschaftsstabilisierung, daß es keine simple Aufeinanderfolge von dominanten Gruppen und Produktionssystemen gibt, wie dies liberale und marxistische Stufentheorien oftmals unterstellen. Der paulistanischen Industrie fiel in den dreißiger Jahren die Vormachtstellung ohne viel Zutun und ohne ein klares Projekt in den Schoß. Die multinationalen Oligopole verdanken ihre heutige Führungsrolle jedoch einer klaren und breit angelegten ideologischen Offensive. Ein liberales Staats- und Weltwirtschaftsmodell wird unter Anleitung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen – vor allem Weltbank und Währungsfonds – weltweit mit unterschiedlicher Intensität und Radikalität durchgesetzt.

Wenn im Titel des Artikels gefragt wird, ob die Krise und nicht die Stabilität den Normalzustand in Brasiliens Entwicklung darstellt, so zeigt sich, daß hierauf keine einfache Antwort möglich ist. Die Gesellschaft ist so ungleich strukturiert, daß soziale Krisen, wie die Hungersnot im Nordosten, für viele BrasilianerInnen Alltag und von ökonomischen Krisen unabhängig sind. Kleine Krisen und politische Unsicherheiten sind ebenfalls eher die Regel als die Ausnahme. Die Akkumulationskrise seit 1980 hat die Instabilität Brasiliens sicherlich weiter erhöht. Dies hat aber nicht verhindert, daß Brasilien zu einer Zeit eine neoliberale Regulationsweise durchsetzte, als diese international zunehmend diskreditiert scheint (Krebs 1999). Obwohl die Machthaber vor Ort im Schwächen der Gegner geschickt waren, so ließen sie sich auf dem internationalen Parkett zu Marionetten degradieren, die ihre Politikempfehlungen in Washington abholen mußten. In diesem Sinne ist die gegenwärtige Situation durch eine allen Krisen inhärente Offenheit gekennzeichnet. Die Lösung der Krise wird aber vorerst nicht in altbewährten nationalen Entwicklungsanstrengungen (dazu Singer 1999), sondern in der totalen Unterwerfung unter die Wünsche des internationalen

Finanzkapitals gesucht: selbst die Dollarisierung als demütigendste Form der Aufgabe der nationalen Souveränität wird diskutiert (Benjamin 1999, www.jb.com.br vom 25.2.1999). Das emsige Krisenmanagement macht eine Hierarchie deutlich: die Verschärfung der sozialen Krise scheint für das internationale Finanzsystem, das eine Krise auf die Unfähigkeit, den internationalen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, reduziert der Preis zu sein, um die ökonomische Krise lösen zu können. Die 80 bis 90% der Bevölkerung, die in Brasilien mit dieser neuen Regulierung verlieren, haben nur einen Trumpf, dessen Wert angesichts von Einkommenskonzentration und Finanziarisierung aber unklar ist: Geld bringt nicht an sich Profit, sondern nur als produktive Beschäftigung von Mensch und Maschine. Diese in der Weltwirtschaftskrise gelernte Einsicht fehlt nicht nur den neoliberalen Entscheidungsträgern, sondern droht auch aus dem kollektiven Bewußtsein der Bevölkerung gelöscht zu werden. Es bleibt nur zu hoffen, daß sich die durch den Neoliberalismus verursachte soziale und wirtschaftliche Krise nicht zur Tragödie auswächst. Diese Hoffnung ist trotz der breiten Vorherrschaft des liberalen Gedankenguts in Brasilien und bei den internationalen Finanzinstitutionen aus historischer Perspektive nicht ganz unberechtigt. Die gegenwärtige Hegemonie bleibt nämlich aufgrund der Akkumulationskrise fragil. 1999 brach der *Plano Real* wie ein Kartenhaus zusammen, das neue Gebäude einer neoliberalen Wirtschaftsverfassung blieb zwar aufs erste unbeschädigt. Die Reformen seien noch nicht weitreichend genug gewesen, um den wirtschaftspolitischen Erfolg zu gewährleisten. Die Demontage des Staates müsse weitergehen, heißt es aus den Entscheidungszentralen. Aber auch in den dreißiger Jahren wollten die Entscheidungsträger am alten Modell festhalten und wurden zu einer nicht-liberalen Regulierung durch die strukturellen Zwänge getrieben.

Literaturverzeichnis:

Affonso, Rui (1996): Os Municípios e os Desafios da Federação no Brasil. In: São Paulo em Perspectiva, Vol. 10, No. 3: 3-10

Aglietta, Michel (1987): A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience. London: Verso

Altvater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt. Hamburg: VSA

Arrighi, Giovanni (1993): The three hegemonies of historical capitalism. In: Gill Stephen (ed): Gramsci, historical materialism and international relations. Cambridge: Cambridge University Press: 148-185

Becker, Bertha/Egler, Claudio (1992): Brazil: a new regional power in the world-economy. A Regional Geography. Cambridge: Cambridge University Press

- Benjamin, César (1999): O Real 2 está a caminho. Entrevista na Resenha da Internet 24/2/99
- Cano, Wilson (1997): Base e superestrutura em São Paulo: 1886-1929. In: Lorenzo, Helena Carvalho de, Costa, Wilma Peres da (org.), A década de 1920 e as origens do Brasil moderno. São Paulo. Editora UNESP: 235-254
- Cano, Wilson (1998): Raízes da Concentração industrial em São Paulo. Campinas: Unicamp
- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (1976): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt: Suhrkamp
- Decca, Edgar de (1997): 1930. O Silêncio dos Vencidos. São Paulo: Brasiliense
- Exame (1998): Melhores e Maiores. As 500 maiores empresas do Brasil. São Paulo: Abril
- Faria, Luiz A.E. et al. (1989): Desvendando a espuma. Reflexões sobre crise, regulação e capitalismo brasileiro. Porto Alegre: FEE
- Fausto, Boris (1981). A Revolução de 1930. Historiografia e História. São Paulo: Brasiliense
- Feldbauer, Peter et al. (Hrsg.) (1995): Industrialisierung. Entwicklungsprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika. Historische Sozialkunde 6. Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind
- Fernandes, Ana C./Novy, Andreas (1997): Die reale Vorherrschaft des Geldes: der brasilianische Plano Real. In: Gabriel, Leo, Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus. Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind: 49-67
- Fiori, José Luis (1995): O vó da coruja. Uma leitura não-liberal da crise do estado desenvolvimentista. Rio de Janeiro: EdUERJ
- Furtado, Celso (1975): Die wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens. München: Wilhelm Fink
- Görg, Christoph (1994): Krise und Institution. In: Esser et al., Politik, Institutionen und Staat. Hamburg: VSA: 85-132
- Hübner, Kurt (1990): Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie. Berlin: sigma
- Jessop, Bob (1990): State Theory. Putting Capitalist States in their Place. University Park, Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press
- Jessop, Bob (1997): A Neo-Gramscian Approach to the Regulation of Urban Regimes: Accumulation Strategies, Hegemonic Projects, and Governance. In: Lauria, Mickey, Reconstructing Urban Regime Theory. Regulating Urban Politics in a Global Economy. Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage: 51-73
- Krebs, Hnas-Peter (1999): Siechtum eines Untiers. Waskommt nach dem Neoliberalismus? In: iz3w. blätter des informationszentrums 3.welt: 29-31
- Küblböck, Karin (1999): Investitionen, Handel und Verschuldung – globale Trends und Fakten. In: Parnreiter, Christoph et al., Globalisierung und Peripherie. Neustrukturierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Historische Sozialkunde 14. Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind: 259- 282
- Lahuerta, Milton (1997): Os intelectuais e os anos 20: moderno, modernista, modernização. In: Lorenzo, Helena Carvalho de, Costa, Wilma Peres da (org.), A década de 1920 e as origens do Brasil moderno. São Paulo. Editora UNESP: 93-114
- Lipietz Alain (1992): Vom Althusserismus zur „Theorie der Regulation“. In: Demirovic A. et al., Hegemonie und Staat. Münster: Westfälisches Dampfboot: 9-54

Mare (Ministério da Administração) (1997, August 4):Reforma Administrativa. O Que Muda com a Reforma In:<http://ww.mare.gov.br/Reforma/News/quemuda.htm>

Mello, João Manuel Cardoso de (1998):O Capitalismo Tardio. Contribuição à Revisão Crítica da Formação e do Desenvolvimento da Economia Brasileira. Campinas:Unicamp

Novy, Andreas, Calzadilla, Bernardo (1995):Die Industrialisierung Brasiliens. In:Feldbauer et al.:Industrialisierung. Entwicklungsprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika. Historische Sozialkunde 6. Frankfurt/Wien:Apsel&Brandes/Südwind:193-208

Novy, Andreas (1998):Raum, Macht und Entwicklung in Brasilien. Habilitationsschrift. Eingereicht an der Wirtschaftsuniversität Wien

Novy, Andreas, Fernandes, Ana C. (1998): A Real Supremacia do dinheiro - do Plano Real brasileiro. In: Revista Indicadores Econômicos, v. 26, n. 2, Porto Alegre:Fundação Economia e Estatística: 285-307

Novy, Andreas et al. (1999): Globalisierung und Peripherie. In:Parnreiter, Christoph et al., Globalisierung und Peripherie. Neustrukturierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Historische Sozialkunde 14. Frankfurt/Wien:Brandes&Apsel/Südwind: 9-34

Oliveira, Francisco de (1989):A Economia da Dependência Imperfeita. Rio de Janeiro:Graal

Oliveira, Francisco de (1998):Avantgarde der Rückständigkeit und Rückständigkeit der Avantgarde. Globalisierung und Neoliberalismus in Lateinamerika. In:Kurswechsel, Heft 1/98:87-97

Pereira, Jaime Marques (1998):Geld, politische Legitimität und regionale Integration in Lateinamerika. In:Journal für Entwicklungspolitik 2/98:139-152

Pereira, Paulo Roberto Dias (1996):As políticas de gasto público dos Estados e a promoção do desenvolvimento. In:Gauchos & paulistas:dez escritos de história regional comparada. Porto Alegre:Fundação de Economia e Estatística Siegfried Emanuel Heuser:211 - 241

Pessoa, Reynaldo Xavier Carneiro (1983):O ideal republicano e seu papel histórico no segundo reinado:1970 - 1889. São Paulo:Arquivo do Estado (Coleção Monografias, 6)

Saes, Flávio Azevedo Marques de (1997):Crescimento e consolidação do sistema bancário em São Paulo na década de 1920. In:Lorenzo, Helena Carvalho de, Costa, Wilma Peres da (org.) (1997):A década de 1920 e as origens do Brasil moderno. São Paulo. Editora UNESP:197-216

Senghaas, Dieter (1980): Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik: Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt: Suhrkamp

Silva, Sergio (1986):Expansão Cafeeira e Origens da Indústria no Brasil. São Paulo:Alfa Omega

Singer, Paul (1999): O Brasil na Crise. Perigos e oportunidades. São Paulo: Contexto

Targa, Luiz Roberto Pecoits (1996):Gaúchos & Paulistas dez escritos de historia Regional Comparada. Porto Alegre:Fundação de Economia e Estatística Siegfried Emanuel Heuser

Tavares, Maria da Conceição (1998). A retomada da hegemonia norte-americana. In:Tavares, M.; Fiori, J.L., Poder e dinheiro. Uma economia política da globalização. Petrópolis:Vozes: 27-54

Tavares, Maria da Conceição, Melin,Luiz Eduardo (1998):Pós-escrito 1997:A reafirmação da hegemonia norte-americana. In:Tavares, M.; Fiori, J.L., Poder e dinheiro. Uma economia política da globalização. Petrópolis:Vozes:55-86

Wiss. Rat d. Dudenredaktion (Hrsg.) (1989):Duden. Das Herkunftswörterbuch. Etymologie der deutschen Sprache. Mannheim:Duden

Die am häufigsten benutzten Internet-Adressen

<http://www.bcb.gov.br> (Zentralbank)

<http://www.jb.com.br> (Journal do Brasil)

<http://www.estado.com.br> (O Estado de São Paulo)

<http://www.uol.com.br/fsp> (FSP – Folha de São Paulo)

<http://www.ibge.gov.br> (IBGE - Stat. Zentralamt Brasiliens)

<http://www.ipea.gov.br> (IPEA – Staatliches Wirtschaftsplanungsinstitut)

<http://www.fazenda.gov.br> (Finanzministerium)

<http://www.seplan.gov.br> (Planungsministerium)

<http://www.bndes.gov.br> (BNDES)



Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung
Wirtschaftsuniversität Wien
Abteilungsleiter: o.Univ.Prof. Edward M. Bergman, PhD

Roßauer Lände 23/3
A-1090 Wien, Austria

Tel.: +43-1-31336/4777 Fax: +43-1-31336/705 E-Mail: sre@wu-wien.ac.at
<http://www.wu-wien.ac.at/inst/sre>